

Antrag 180/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Parteivorstand möge beschließen:****Reformansätze für eine zukunftsorientierte Internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung****Empfehlung der Antragskommission****Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger
BPT (Konsens)****1 Die SPD Bundestagsfraktion möge beschließen:**

2

3 Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar: Die großen Herausforderungen unserer Zeit – von der Klimakrise über globale Ungleichheit bis hin zu Fragen von menschlicher Sicherheit – können wir nur gemeinsam lösen. Ein starker Multilateralismus ist unerlässlich. Internationale Zusammenarbeit ist für uns keine Frage des Ob, sondern des Wie. Wir stehen für eine regelbasierte Ordnung, in der alle Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen und in der der Globale Südens angemessen repräsentiert ist. Nationale Alleingänge führen in die Sackgasse. Wir setzen auf starke Partnerschaften und darauf, dass wir gemeinsam eine gerechtere und friedlichere Welt gestalten können.

15

**16 Wir fordern von der nächsten Bundesregierung und den
17 Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion:**

- 18 • Die Sicherung einer regelbasierten internationalen
19 Ordnung muss vorderstes Ziel und Richtschnur der
20 deutschen internationalen Zusammenarbeit sein.
21 Nur in einer Ordnung des Rechts können wir in
22 Deutschland unseren Wohlstand erhalten und in Si-
23 cherheit leben.
- 24 • Demokratie im Inneren stärken: Die Bundesrepu-
25 blik kann nur mit der nötigen gesellschaftlichen Un-
26 terstützung eine starke und verlässliche internatio-
27 nale Partnerin sein. Sozialer Zusammenhalt sollte
28 durch Abwehr anti-demokratischer und spaltender
29 Einflussversuche von außen geschützt werden. In
30 der Begründung der Notwenigkeit und Machbarkeit
31 eines positiven globalen Wandels kann Deutschland
32 die eigene historische Erfahrung mit tiefgreifenden
33 Transformationsprozessen (insb. im Zuge der deut-
34 schen Wiedervereinigung, aber bspw. auch in der
35 Energiewende), in die innenpolitische sowie inter-
36 nationale Debatte einbringen.
- 37 • Vorreiterrolle bei der politischen und finanziellen
38 Unterstützung der Vereinten Nationen und des mul-
39 tilateralen Systems einnehmen: Die internationalen
40 Organisationen sind die Grundpfeiler einer regelba-
41 sierten Ordnung. Die aktuellen Kürzungen mehre-
42 rer wichtiger Geberstaaten in der internationalen
43 Zusammenarbeit untergraben den inklusiven und
44 wirksamen Multilateralismus. Die Bundesregierung
45 sollte dem mit gleichgesinnten Partnerländern ent-
46 gegentreten und mit einer Erhöhung der freiwilli-
47 gen Beiträge vorangehen. Davon sollten mindestens

48 die Hälfte ohne Zweckbindung sein, um eine Verteilung nach Bedarfen und Reaktion auf dynamische
49 Krisen zu ermöglichen. Bestrebungen nach Reformen der UN-Finanzierung sollten aktiv unterstützt werden. Nach dem Rückzug der USA als bisher größte Finanziererin der UN, kann Deutschland zum führenden Unterstützer der UN werden.

50
51
52
53
54
55 • Für Reformen der multilateralen Institutionen eintreten: Für eine starke regelbasierte Ordnung braucht es eine faire Repräsentation der Staaten des globalen Südens in den internationalen Organisationen. Als Vermittlerin des Zukunftspaktes der UN und Präsidentin der UN-Generalversammlung 2025/26 kann Deutschland hier eine entscheidende Rolle spielen. Die Reform der Weltbank, von Deutschland mitinitiiert, zeigt, dass es geht. Die nächste Bundesregierung sollte die europäische Koordinierung in der Weltbank stärken und sich für die Mobilisierung zusätzlicher Gelder stark machen.
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

68 **Die Strukturen der deutschen Internationalen Zusammenarbeit müssen für eine neue Realität zukunftsorientiert gestaltet werden.**

69 In einer zunehmend multipolaren Welt muss die deutsche Entwicklungspolitik als strategisches Instrument zur Gestaltung internationaler Beziehungen gestärkt werden.
70 Das Portfolio der deutschen IZ ist kleinteilig, zu wenig
71 wirksam und nicht strategisch genug.
72
73

74 **Veränderung des Beauftragungsprozesses der Durchführungsorganisationen:**

75 Bilaterale Projekte der Durchführungsorganisationen (DOs) sollten nicht kleinteilig vergeben werden. Stattdessen sollten BMZ und AA einen gemeinsamen „Globalauftrag“ und die Landesbüros der GIZ und KfW vergeben. Die Ziele dieses Globalauftrages werden basierend auf einer Länderstrategie festgelegt. Hierzu muss der bestehende Prozess der Entwicklung der Länderstrategie angepasst werden. Die Länderstrategie muss Kernelement der bilateralen Regierungsverhandlungen werden.
76
77

78 1. Auswirkungen auf BMZ: Länderreferate steuern das Portfolio weniger kleinteilig und haben dadurch mehr Zeit das Portfolio strategisch auszurichten.
79
80

81 2. Auswirkungen auf DOs: DOs verschlanken den Prozess der Projektbeauftragung und -Berichterstattung. Gleichzeitig sind Mittel nicht mehr Projektgebunden, und können damit flexibler und Kompetenzgeleiteter und an aktuelle Gegebenheiten angepasst umgesetzt werden. Auftragsverantwortlich sind dadurch die Landesdirektionen. Dadurch wird der Fokus der Landesdirektion auf Wirkung gelegt und nicht auf kurzfristige Geschäftsoportunitäten.
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

101 3. Auswirkungen auf AA: Das AA nimmt eine stärke-
102 re Rolle in der Steuerung des Landesportfolios der IZ
103 ein.

104

105 **Zusammenarbeit mit und im Rahmen der EU:**

106 Referent*innen des BMZ und des AA sind dazu angehalten
107 gemeinsame Regierungsverhandlungen und integrierte
108 Länderstrategien mit der EU Kommission und den wich-
109 tigsten EU Mitgliedsstaaten in den jeweiligen Partnerlän-
110 dern umzusetzen.

111

112 **Veränderung der Entwicklung der Landesstrategien und
113 der Steuerung des Sektorportfolios**

114 Die Ressorts außerhalb des BMZ und AA sowie die Sektor-
115 referate des BMZ müssen besser in den Prozess der Ent-
116 wicklung der Länderstrategien einbezogen werden. Es ist
117 Aufgabe der Sektorreferate andere Ressorts auf Einzelfall-
118 basis einzubeziehen. Das BMZ muss seine Sektorrefera-
119 te mit fachlich spezialisiertem Personal besetzen. Die Lo-
120 gik der Sektorreferate ist zur Zeit nicht stringent umge-
121 setzt, da diesen Referaten die Fachlichkeit fehlt. Zusätzlich
122 muss es Kernaufgabe dieser Sektorreferate sein sich bes-
123 ser mit ihren jeweiligen „Spiegelressorts“ abzustimmen.
124 Sektorale Ressort-übergreifende Strategien der Bundesre-
125 gierung müssen mehr in den Wert gesetzt werden. Sektor-
126 spezifische Projekte, welche zusätzlich zu den „Globalauf-
127 trägen“ auf Länderbasis in Auftrag gegeben werden, soll-
128 ten in Abstimmung mit den „Spiegelressorts“ umgesetzt
129 werden.

130

131 **Wirtschaftskooperation neu und strategischer ausrich-
132 ten:**

133 Statt Partnerschaften mit deutschen/europäischen Un-
134 ternehmen für Einzelprojekte zu schließen, sollte ein um-
135 fassender Ansatz zur Schaffung von Märkten verfolgt wer-
136 den - gute Beispiele sind die Umsetzung des Lieferketten-
137 gesetzes, die Integration des digitalen Marktes oder die
138 Förderung gerechten Rohstoffmanagements. Die deut-
139 sche IZ muss hierbei enger mit dem Bundeswirtschaftsmin-
140 isterium zusammenarbeiten. Die deutsche IZ sollte sich
141 in ihrer Gesamtheit auf den Schutz globaler öffentlicher
142 Güter und das Management von grenzüberschreitenden
143 negativen Externalitäten fokussieren.

144